

Quo vadis?

Was kommt nach Suharto?

von Michaela Müller

Nach über 30 Jahren ist das Suharto-Regime in Indonesien beendet. Der neue Machthaber, Präsident Habibie, läßt die Zeichen auf Wandel stehen. Auch für Osttimor könnte sich die Situation nach 23 Jahren indonesischer Besatzung jetzt endlich ändern. Das Suharto-Regime war während der letzten Jahrzehnte das Haupthindernis für eine Lösung des Osttimorproblems gewesen. Immer wieder hatte man betont, daß Selbstbestimmung für Osttimor nicht in Frage käme, obwohl der internationale Druck in den letzten Jahren immer größer geworden ist. Ohne Gesichtsverlust hätte sich das Regime jedoch nicht aus der Region zurückziehen können.

Nun ist Bewegung in die Situation gekommen. Sehr schnell hat Habibie Osttimor einen Sonderstatus innerhalb der Republik Indonesien angeboten, wohl in der Hoffnung, dadurch das Problem vom Tisch zu bekommen. Doch selbst Friedensnobelpreisträger Bischof Belo, sonst nicht für klare politische Äußerungen bekannt, tat das Angebot als bedeutungslos ab.

Mitte Juli präsentierte der indonesische Außenminister Ali Alatas vor den Vereinten Nationen neue Angebote, um die Osttimorfrage endgültig zu klären: die Entlassung des Widerstandsführers Xanana Gusmao, ein Sonderstatus für Osttimor und eine Verringerung der Truppenstärke. »Die von uns vorgeschlagene Lösung berücksichtigt, daß es (Osttimor, d. Verf.) eine andere Geschichte hat. ... Es wird eine Form von Integration sein, die international akzeptabel ist, aber natürlich angepaßt an die Bedingungen und Bedürfnisse der OsttimoresInnen ...« — die er jedoch nicht näher ausführte. »... nur drei Bereiche können nie autonom werden — nämlich die Außenpolitik, die externe Verteidigung und monetäre und Fiskalpolitik.«

Ein Referendum, wie es die OsttimoresInnen fordern, steht seiner Aussage zufolge jedoch außer Frage. »Der Hauptgrund ist, daß bereits vor 22 Jahren eine Befragung der Wün-

sche des (osttimoresischen, d. Verf.) Volkes stattgefunden hat, als die Mehrheit der OsttimoresInnen für Unabhängigkeit durch Integration stimmte.«

In diesem Punkt hat sich in Indonesien also noch nichts bewegt. Indonesien befürchte außerdem, so Alatas, durch das Abhalten eines Referendums alte Wunden zu öffnen und eventuell einem Wiederaufflammen des Bürgerkrieges Vorschub zu leisten. Auf die Frage nach der Position des Militärs antwortete Alatas: »Das Militär unterstützt diese Vorschläge voll ... Ich denke das Militär ist sich bewußt, daß als Teil einer Autonomie Anpassungen in seiner Rolle dort vorgenommen werden müssen. Recht und Gesetz vor Ort werden von der lokalen Polizei oder lokalen Truppen, nicht durch das Militär wahrgenommen.« Schwer zu akzeptieren für das indonesische Militär, das Osttimor jahrzehntelang als »Testregion« für seine Soldaten betrachtete.

Die internationale Staatengemeinschaft sollte im Gegenzug für die von der indonesischen Regierung gemachten Vorschläge die »Integration« Osttimors anerkennen — ein Vorschlag, der sowohl von Xanana Gusmao als auch von Portugal, das völkerrechtlich nach wie vor Verwaltungsmacht in Osttimor ist, sofort zurückgewiesen wurden.

Eine veränderte Lage in Osttimor?

Unterdessen macht die Wirtschaftskrise in Indonesien auch Osttimor zu schaffen. Die Benzinvorräte sind äußerst gering. Wobei jedoch gemunkelt wird, daß dies Absicht sei, um Schritt für Schritt wirtschaftliche Aktivitäten in Osttimor zu lähmen und es für die Menschen unmöglich zu machen, sich an Pro-Referendum-Aktivitäten zu beteiligen. Neben den OsttimoresInnen trifft die äußerst angespannte wirtschaftliche Lage natürlich auch die indonesischen Soldaten und ihre Familien. Viele sind demoralisiert, erscheinen nicht mehr zum Dienst. Auf Dauer dürfte es Jakarta auch schwer fallen, eine Truppenstärke von schätzungsweise 20.000 Soldaten (die Zahlen gehen weit auseinander) weiter zu finanzieren, die täglich rund eine Mio. US-Dollar kosten. In einer Geste, die augenscheinlich Offenheit gegenüber einer Veränderung der Situation demonstrieren sollte, hat die indonesische Regierung am 28. Juli diesen Jahres 400 Soldaten aus Osttimor abgezogen. Weitere 600 folgten Anfang August. Angesichts oben genannter Truppenstärke nicht allzu viel, aber im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei Watch Indonesia.

immerhin eine kleine Verbesserung. Während jedoch die internationale Staatengemeinschaft den Truppenrückzug begrüßte, ist es fraglich, ob sie eine echte Verringerung der indonesischen Militärpräsenz in Osttimor bedeutet. Denn zur gleichen Zeit schickte die Armee 263 Sanitäter und Polizei-Sondereinsatztruppen in das Gebiet. Nach Ansicht Taur Mata Ruaks, Kommandant des osttimoresischen bewaffneten Widerstandes (Falintil), handelt es sich bei dem Truppenrückzug nur um einen öffentlichkeitswirksamen Schachzug. Truppen seien schon häufig abgezogen worden, die Gesamttruppenstärke bleibe dennoch unverändert hoch, so Taur Mata Ruak.

Aktionsplan zum Schutz der Menschenrechte

Am 10. Juni wurden 15 osttimoresische Gefangene aufgrund eines Präsidentenerlasses entlassen.

Am 4. Juni waren bereits vier osttimoresische Studenten in einem Prozeß freigesprochen worden, weitere 13, denen ein Prozeß drohte, wurden aus der Haft entlassen. Das Regime signalisierte Verhandlungsbereitschaft. Am 25. Juni verkündete Präsident Habibie darüber hinaus einen Fünf-Jahres-Aktionsplan für Menschenrechte, mit dem Ziel, die Menschenrechte zu schützen und die Strukturen im indonesischen System anzugehen, die Menschenrechtsverletzungen möglich machen. Die Menschenrechtskultur soll durch vier Komponenten gestärkt werden: Ratifikation von Menschenrechtsabkommen, Verbreitung von Informationen über Menschenrechte, Maßnahmen, um Menschenrechte als nationale Priorität anzusprechen und die Implementierung von ratifizierten internationalen Menschenrechtsabkommen. Der Plan sieht vor, daß Indonesien die »Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman and Degrading Treatment or Punishment«,

die »International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR)« und die »International Covenant on Social Economic and Cultural Rights (ICSECR)« bis zum Jahr 2003 ratifiziert, die bisher nur unterzeichnet wurden. »Wir hoffen, daß wir die Welt mit unserem echten ... Willen, uns vorwärts zu bewegen und die Menschenrechte zu schützen, stark beeindrucken können«, so Habibie. In dem Fünfjahresplan findet Osttimor jedoch keine Erwähnung und der lange Ratifizierungsprozeß der genannten Dokumente wird die aktuelle Lage in Osttimor vorerst nicht beeinflussen. Unmittelbarere, schneller wirksame Maßnahmen sind jedoch notwendig. Habibie war aber bisher nur in sehr beschränktem Maße zu solchen Zugeständnissen bereit. Eine echte und nachhaltige Demokratisierung in Indonesien ist nicht möglich mit einem besetzten Osttimor, das allen völkerrechtlichen Standards Hohn spricht.

Die OsttimoresInnen nutzen währenddessen die veränderte Situation in Indonesien, um ihre Forderung nach Selbstbestimmung ganz klar zum Ausdruck zu bringen. Massendemonstrationen sind in Dili keine Seltenheit mehr und StudentInnen der Universität von Osttimor machen ihre Forderungen sehr frei und unverblümt deutlich — trotz Einschüchterungsversuchen seitens indonesischer Geheimdienstagenten.

Gouverneur Abilio Soares hatte Anfang Juni ein Treffen von PolitikerInnen und führenden Persönlichkeiten einberufen, ein Versuch, Unterstützung für seine Vorstellung von einem autonomen Osttimor innerhalb der indonesischen Republik zu bekommen. Statt dessen erschienen Hunderte von Leuten, eingeladen oder nicht, vor allem Jugendliche, die lautstark ein Referendum und die Freilassung Xananas forderten. Ein Sprecher nach dem anderen wies einen autonomen Status zurück — Soares befand sich auf verlorenem Posten.

Alte Muster der »Lösung«

Daß das Leben der OsttimoresInnen immer noch nicht viel wert ist und kaltblütige Erschießungen nach wie vor auf der Tagesordnung stehen, zeigten mehrere Vorfäl-



Foto: Catholic Institute for International Relations, London



Unabhängigkeit Osttimors in Sicht?

le der jüngsten Vergangenheit. Zwei junge Osttimoresen, Herman Dasdores Soares und Olandino Soares, wurden im vergangenen Juni ohne Vorwarnung erschossen als sie Feuerholz auf ihren LKW luden. Die Armee entschuldigte sich zwar — bisher nie dagewesen — aber der Vorfall zeigt doch, daß eine echte Veränderung innerhalb militärischer Strukturen und ein Umdenken in den Köpfen der Soldaten definitiv noch nicht stattgefunden hat. Dafür wurden die Forderungen nach einem vollständigen Abzug der Militärs einmal mehr laut.

In Jakarta kam es im selben Monat zur brutalen Auflösung einer Demonstration friedlicher OsttimoresInnen durch indonesische Truppen — nur einen Tag, nachdem Habibie die Militärs aufgefordert hatte, die Menschenrechte zu beachten, vor allem wenn es darum geht, mit Unruhen fertig zu werden. Die DemonstrantInnen hatten sich vor dem Außenministerium versammelt, um von Außenminister Alatas einen Dialog vor allem über die Notwendigkeit eines Referendums zu fordern. Die Truppen schlugen mit Bajonetten und Gewehren auf die wehrlosen Menschen ein, mindestens 27 von ihnen wurden zum Teil schwer verletzt. Auch hier scheint sich an den »Konfliktlösungsmechanismen« der Militärs noch nichts geändert zu haben.

Beteiligung am Dialog

Eine der Hauptforderungen der OsttimoresInnen ist die Freilas-

sung Xanana Gusmaos und aller weiteren politischen Gefangenen sowie Xananas Beteiligung an Verhandlungen über die Zukunft Osttimors. Die Gespräche zwischen Portugal und Indonesien unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen führen ihrer Meinung nach zu nichts, wenn nicht VertreterInnen des osttimoresischen Widerstands wie Bischof Belo, José Ramos-Horta und Xanana Gusmao daran beteiligt werden. Alatas wiederholt jedoch nach wie vor, daß Gusmao rechtmäßig verurteilt worden sei und eine vorzeitige Entlassung deshalb nicht in Frage käme. Seine Freilassung wäre jedoch Grundvoraussetzung für echte Verhandlungen.

Anfang August fand unterdessen wieder ein Treffen zwischen Indonesien und Portugal statt, das UN Generalsekretär Kofi Annan mit dem Worten kommentierte: »Wir haben in dieser Runde von Gesprächen über Osttimor gute Fortschritte gemacht«. Die Minister hatten ein Sechs-Punkte-Kommuniqué angenommen, in dem sie übereingekommen waren, tiefergehende Diskussionen über Indonesiens Vorschlag eines Sonderstatus für Osttimor abzuhalten. »Wir werden mit unseren Diskussionen beginnen und hoffen, daß wir vor Jahresende zu einer Verständigung kommen«, so Annan weiter. Die Minister kamen auch überein, die OsttimoresInnen stärker in die Suche nach einer Lösung einzubinden — was, wenn es ernsthaft angegangen wird, die Verhandlungen durchaus weiterbringen kann. Wie ernst es der

indonesischen Seite jedoch wirklich damit ist, wird sich zeigen müssen.

Der UN-Generalsekretär traf sich im Anschluß in Portugal ebenfalls mit VertreterInnen aus Osttimor, wie den beiden Friedensnobelpreisträgern José Ramos-Horta und Bischof Belo. Auf die Frage, ob Xanana Gusmao einer der Gefangenen sein würde, die freigelassen werden, hielt er sich bedeckt. Jedoch: »Wir sehen die Freilassung Xanana Gusmaos als Teil eines Paketes zu einer umfassenden Lösung des Osttimorproblems, die hoffentlich stattfinden wird, sobald wir diese Lösung gefunden haben.« Die Außenminister Portugals und Indonesiens vereinbarten außerdem, Interessenvertretungen in befreundeten Botschaften in den jeweiligen Hauptstädten zu eröffnen und die gegenseitige Visumpolitik zu entschärfen. Das nächste Außenministertreffen ist Ende September in New York geplant.

— Anzeige —

BAHAMAS

Nr. 26 Sommer 1998

Das postmoderne Bedürfnis

Überflüssig ist die postmoderne Textproduktion – eine Scheinaktivität grassiert im linken Milieu – doch treffen Geschlechter und Machtdiskurs auf ein Bedürfnis.

Die soziale Frage – von Nazis gestellt: Wird der Linken ein Thema gestohlen? u.a.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

In Genf ließ die UN Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, unterdessen verlautbaren, daß ihr Büro ein »Memorandum of Understanding« mit Indonesien unterzeichnet habe. In der Tat scheint also etwas Bewegung in eine seit Jahren vertrackte Situation gekommen zu sein.

Botschafter der EU-Troika besuchen Osttimor

Eine Delegation der EU-Troika hatte die Krisenregion Ende Juni besucht. »Die Menschen in Osttimor selbst müssen in der Lage sein, etwas zum Dialog über ihre Zukunft beizutragen. Im Moment haben sie keine Möglichkeit das zu tun, außer auf der Straße«, so war in ihrem Abschlußbericht zu lesen, der Ende Juli veröffentlicht wurde. Ihrer Meinung nach war der Truppenabzug ein erster Schritt in die richtige Richtung. Auch sie forderten eine Freilassung Xanana Gusmaos und eine Beteiligung der OsttimoresInnen am Dialog. Desweiteren forderten sie die internationale Staatengemeinschaft auf, den Prozeß des politischen Wandels, den Dialog und die Stabilität in Osttimor aktiv zu unterstützen. Ungewohnt klare und scharfe Worte seitens der EU. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Mitgliedstaaten der EU zukünftig an ihren eigenen Forderungen orientieren werden. Die Aussagen seitens des deutschen Vizeaußenministers Werner Hoyer, der Indonesien Anfang Juli besucht hatte, blieben dagegen eher kryptisch. »Ich habe das Gefühl, daß es im Augenblick ernste und in-



aus: AW v. 21.8.1998, S. 19

teressante Bewegungen gibt, die wir sicher unterstützen werden«, so Hoyer, der nach eigener Aussage lange mit Habibie das Osttimor-Problem diskutiert hat. Die EU, so Hoyer, erwarte von Indonesien mit Problemen im Land so umzugehen, wie es sich für einen Rechtsstaat gehöre.

In jedem Fall wird es noch vieler internationaler Anstrengungen bedürfen. Internationaler Druck ist notwendig, damit erwähnte Initiativen in Richtung Demokratisierung und Schutz der Menschenrechte in Indonesien und Osttimor wirklich durchgeführt werden.

Eine »neue Zukunft«?

Wie man sieht, kommen also im Moment Zeichen aus Indonesien, die in unterschiedliche Richtungen weisen und Raum für Spekulationen lassen. Einerseits scheint die neue Regierung gewillt zu sein, das Osttimorproblem wirklich anzugehen und signalisiert Gesprächsbereitschaft — andererseits aber nicht zu überstürzt. Jede Initiative in Richtung einer Verbesserung der Situation in Osttimor und einer endgültigen Lösung des

Osttimorproblems ist zu begrüßen, doch bleibt abzuwarten, ob das indonesische Regime nur versucht, durch seine Initiativen Zeit zu gewinnen. Ein demokratisches Indonesien wird noch viel Zeit und viel internationalen Druck brauchen. Mit einem völkerrechtswidrig besetzten Osttimor im Schlepptau wird eine Demokratisierung jedoch sicher nicht stattfinden. Es ist nun an der internationalen Gemeinschaft, allen voran auch an der EU, die Forderungen, die sie selbst gegenüber Indonesien erhebt, mit Nachdruck zu verfolgen.

Es wird mit Sicherheit für Habibie — gesetzt den Fall, es ist ihm ernst mit seinen Reforminitiativen — nicht einfach sein, echte Reformen durchzuführen oder Osttimor gar die Unabhängigkeit zuzugestehen, dafür werden ultra-konservative Kräfte im Militär schon sorgen. Doch die Stimmung unter den OsttimoresInnen ist bedeckt optimistisch, Aufbruchstimmung ist zu spüren — bei allem Realitätssinn. Ob zu Recht, werden die nächsten Monate zeigen.

Quellen:

- EAST TIMOR HUMAN RIGHTS CENTRE, »East Timor: No Solution Without Respect for Human Rights« Bi-Annual Report of Human Rights Violations in East Timor, January to June, 1998, August 18, 1998 Ref: SR1/98
- FEER online, »A special case — Alatas opens a door to East Timor«, 06. August 1998
- kdp-net, »Referendum on self-determination central to a solution to the East Timor conflict«, 23. Juli 1998, »East Timor: Asean should seize the day«, 23.7.98, 5.8.98, East Timor International Support Center, 21. August 1998, »MESSAGE FROM COMMANDER XANANA GUSMAO, PRESIDENT OF THE NATIONAL COUNCIL OF TIMORESE RESISTANCE, C.N.R.T., on the occasion of the 23rd Anniversary of FALINTIL Armed Forces of National Liberation of East Timor«, 20.8.1975 — 20.8.1998
- MateBEAN, »Latest developments in East Timor«, 13. Juli 1998
- Reuters, »German minister confident of progress on East Timor«, 08. Juli 1998
- tapol, Bulletin no. 147, 24. Juli 1998, »Conclusions of the EU Troika Mission to East Timor«, document released to Parliament by the Foreign and Commonwealth Office, 23. Juli 1998

— Anzeige —



Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. · Stichwort: 12. Mai
Konto 19 11 00-462
Postbank Dortmund · BLZ 440 100 46

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
 Telefon und Fax: (04 31) 7 51 41

